

Antrag Nr. 12-F-33-0020

CDU + SPD

Betreff:

Lärmschutz weiter verfolgen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 06.02.2012 -

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. unverzüglich eine umfassende sorgfältige Prüfung des Planfeststellungsbeschlusses vorzunehmen,
2. soweit diese Prüfung nicht innerhalb der Rechtsmittelfrist abgeschlossen werden kann, die notwendigen Maßnahmen zu treffen und aufrecht zu erhalten, bis eine sichere Klärung der Erfolgsaussichten eines Rechtsmittelverfahrens abgeschlossen ist.
3. für den Fall, dass die rechtliche Prüfung des vorliegenden Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau der A 643 zu dem Ergebnis kommt, dass ein Rechtsmittel überwiegend Aussicht auf Erfolg erwarten lässt, das Rechtsmittelverfahren durchzuführen.

- auch gemeinsam mit der Stadt Mainz -
4. auf die Durchführung eines Planergänzungsverfahrens entsprechend der Regelungen des FStrG (§ 17d FStrG) und des VwVfG (§ 76 VwVfG) zu drängen.
5. in Fortführung des Beschlusses 0255 vom 16. Juni 2011 weiterhin auf sämtliche politischen Ebenen (Kommune, Land und Bund) einzuwirken, um die Initiative für einen „Lärmpakt“ zur Herstellung eines durchgängigen Lärmschutzes an der Schiersteiner Brücke konsequent weiterzuführen.

Wiesbaden, 06.02.2012

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Sven Gerich
Fraktionsvorsitzender
(SPD-Fraktion)

Thomas Kroppen
Geschäftsführer

Ralf Munser
Geschäftsführer